



Ausschuss für Bauen und Verkehr

32. Sitzung (öffentlich)

18. Januar 2007

Düsseldorf - Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 17:00 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Röken (SPD)

Protokollerstellung: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

Vor Eintritt in die Tagesordnung kommt der Ausschuss überein, den ursprünglichen Punkt 3 der Tagesordnung „Gesetz zur Übertragung der Regionalplanung für die Metropole Ruhr auf dem Regionalverband“, Gesetzentwurf der Landesregierung, von der Tagesordnung abzusetzen.

1

1 a) Den nordrhein-westfälischen Ansatz der Immobilien- und Standortgemeinschaften zur Stärkung von Innenstädten, Stadtteilzentren und Wohnquartieren weiterentwickeln!

1

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/14/2583

b) Evaluation der Immobilien-Standortgemeinschaften

- Bericht des Ministers für Bauen und Verkehr

Der Ausschuss führt ein Gespräch mit Herrn Jens Imorde, Imorde Projekt- und Kulturberatung GmbH, und Herrn Matthias Zimmer, Vorsitzender der ISG Altstadtmarketing Castrop-Rauxel e. V.

2 Aktuelle Viertelstunde 12

Thema: „**Abbruch der Verhandlungen zum Semesterticket**“

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch Minister Oliver Wittke entgegen und führt darüber eine Aussprache.

3 Aktuelle Viertelstunde 14

Thema: „**Geplantes Fahrverbot zur Verringerung der Feinstaubbelastungen in NRW**“

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch Minister Oliver Wittke entgegen und führt darüber eine Aussprache.

4 Städtebaubericht 2006 19

- Bericht des Ministers für Bauen und Verkehr

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch Minister Oliver Wittke entgegen und führt darüber eine Aussprache.

5 Landesentwicklungsgesellschaft 26

- Bericht des Ministers für Bauen und Verkehr

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch Minister Oliver Wittke entgegen und führt darüber eine Aussprache.

6 Belastung durch Nachtflug am Flughafen Köln/Bonn reduzieren 27

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/3031

- Aufnahme der Beratung

Der Ausschuss beginnt mit der Beratung über den Antrag.

7 Realisierung des Rhein-Ruhr-Express zügig vorantreiben! 29

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/3038

Dazu:

8 Der Rhein-Ruhr-Express soll das bestehende Nahverkehrsangebot in NRW sinnvoll ergänzen - nicht schwächen!

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/3091

Und:

9 Rhein-Ruhr-Express: Das Ruhrgebiet darf nicht vom Fernverkehr bei der Deutschen Bahn AG abgehängt werden!

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/3094

- Aufnahme der Beratung

Der Ausschuss stellt die Beratung über die Anträge zurück, da versucht werden soll, einen gemeinsamen Antrag zu formulieren.

10 Der Klimaschutz ist eine zentrale Herausforderung des 21. Jahrhunderts 30

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2873

In Verbindung damit:

11 Die Zeit nach dem Kyoto-Protokoll gestalten - entschieden dem Klimawechsel entgegenzutreten

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/2923

- abschließende Beratung und Beschlussfassung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Einstimmig beschließt der Ausschuss, die Anträge ohne Votum an den federführenden Ausschuss abzugeben.

- 12 Feinstaubprobleme effizient lösen - NRW als Modellregion für Umweltkompetenz entwickeln** 30
- Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/3042
- In Verbindung damit:
- 13 Feinstaubprobleme effizient lösen - NRW als Modellregion für Umweltkompetenz entwickeln**
- Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/3132
- Bericht des Ministers für Bauen und Verkehr
- Seitens der Koalitionsfraktionen wird eine Anhörung unter verkehrlichen Gesichtspunkten beantragt.
- 14 ÖPNV-Gesetz** 31
- Bericht des Ministers für Bauen und Verkehr
- Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch Minister Oliver Wittke entgegen und führt darüber eine Aussprache.
- 15 Modellversuch Giga-Liner** 33
- Bericht des Ministers für Bauen und Verkehr
- Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch Minister Oliver Wittke entgegen und führt darüber eine Aussprache.
- 16 Entwurf einer Verordnung zur Änderung verkehrsrechtlicher Zuständigkeitsbestimmungen** 37
- Vorlage 14/835
- Kenntnisnahme
- Der Ausschuss nimmt die Vorlage 14/835 zur Kenntnis.

Landtag Nordrhein-Westfalen	V	APr 14/342
Ausschuss für Bauen und Verkehr		18.01.2007
32. Sitzung (öffentlich)		rt-be

Seite

17 Auswärtige Termine

37

Der Ausschuss beschließt einstimmig folgende auswärtige Sitzung:

Am Montag, den 11. Juni 2007, von 10 bis 16 Uhr, PKW-Sicherheitstraining in Haltern.

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung schlägt **Vorsitzender Wolfgang Röken** vor, den ursprünglichen Punkt 3 der Tagesordnung „Gesetz zur Übertragung der Regionalplanung für die Metropole Ruhr auf den Regionalverband Ruhr“, Gesetzentwurf der Landesregierung, von der Tagesordnung abzusetzen, da am 14. März 2007 im federführenden Ausschuss eine Anhörung zu diesem Thema stattfindet, zu der auch der Ausschuss für Bauen und Verkehr eingeladen werden sollte. - Der **Ausschuss** ist damit einverstanden.

1 a) Den nordrhein-westfälischen Ansatz der Immobilien- und Standortgemeinschaften zur Stärkung von Innenstädten, Stadtteilzentren und Wohnquartieren weiterentwickeln!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/14/2583

b) Evaluation der Immobilien-Standortgemeinschaften

- Bericht des Ministers für Bauen und Verkehr

Vorsitzender Wolfgang Röken teilt mit, zu diesem Tagesordnungspunkt begrüße er Herrn Imorde von der Imorde Projekt- und Kulturberatung GmbH und Herrn Zimmer, Vorsitzender der ISG Altstadtmarketing Castrop-Rauxel e. V.

Jens Imorde (Imorde Projekt- und Kulturberatung GmbH) gestaltet seinen Vortrag mithilfe einer Powerpoint-Präsentation, die als **Anlage 1** beigelegt ist. Er trägt vor:

Meine Damen und Herren! Das Land Nordrhein-Westfalen und hier vor allem das Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen hat in den letzten Jahren mit dem Modellprojekt Immobilien- und Standortgemeinschaften bundesweit ein Stückweit Neuland betreten. Die Diskussion um dieses Modell startete 2003. Damals kannte in Deutschland bundesweit eigentlich noch niemand so richtig die Diskussion um BID und ISG. Die damalige Idee war, mit einem Modellprojekt zu gucken, wie das Instrument der Immobilien- und Standortgemeinschaften generell wirken und welche Funktion es in der Stadt übernehmen kann. Von diesem Modellprojekt möchte ich gerne berichten. Mitgebracht dazu habe ich Matthias Zimmer, der eine dieser Immobilien- und Standortgemeinschaften in Castrop-Rauxel kennt, Immobilienbesitzer und Händler, nämlich Juwelier, in Castrop-Rauxel ist und deshalb sehr direkt von diesem Modell berichten kann.

(Folie 1)

Zunächst möchte ich Ihnen einiges zu Immobilien- und Standortgemeinschaften sagen, was es ist, wie sie gefördert werden und wie dieses Modell funktioniert.

Darüber hinaus möchte ich Ihnen eine Zusammenfassung der Evaluierung und der Umfrageergebnisse geben.

(Folie 2)

Eine ISG ist eine Partnerschaft von lokalen Händlern, Grundeigentümern und der Stadt, die klar definierte, meistens innerstädtische Bereiche verbessert und aufwertet. Das ist eigentlich auch die Grunddefinition für ein BID. Das heißt, in einem klar abgegrenzten Bereich gibt es Möglichkeiten für die örtliche Wirtschaft und die Stadt, sich zu engagieren und dieses Quartier neu zu fassen und aufzuwerten. Die ISGs sind anders als andere Bereiche eine Aktionsform, die im Regelfall von den Grundeigentümern und den Gewerbetreibenden ausgeht. Das heißt, hier ist nicht die Kommune, die öffentliche Hand, der Federführer, sondern es ist die private Seite, die den Anstoß gibt.

(Folie 3)

Es sind 22 Modellstädte, die im Wesentlichen bei der Bestandsaufnahme, bei der Organisations- und Konzeptentwicklung, bei der Moderation und bei ersten Umsetzungsmaßnahmen gefördert worden sind.

(Folie 4)

Der Fördersatz des Landes lag bei maximal 60 % der förderfähigen Kosten. 40 % der Gesamtkosten sind zwischen der Kommune, der Gemeinde, und den Privaten in freier Verteilung auszuhandeln gewesen. Allerdings durfte keiner der beiden Bereiche unter 10 % rutschen. Die durchschnittliche Förderung lag bei den 22 Modellprojekten bei ca. 90.000 €.

(Folie 5)

Die ersten Überlegungen gab es 2002. Am 9. Mai 2003 wurden beim Stadtmarketingkongress in Bielefeld die neuen Förderrichtlinien Stadtmarketing der zweiten Generation verkündet. Die ersten Anträge kamen im Juli 2003, und die erste Geschäftsstelle - ich kürze es ein wenig ab - wurde im Jahre 2004 eröffnet. Das heißt, es gab von den ersten Ideen bis zur ersten Realisierung einer Immobilienstandortgemeinschaft einen Vorlauf von etwas mehr als einem Jahr.

(Folie 6)

Mittlerweile gibt es 22 Immobilien- und Standortgemeinschaften. Auf dieser Folie sehen Sie die Verteilung. Das Land ist fast komplett abgedeckt. Der Schwerpunkt liegt natürlich im Ruhrgebiet.

(Folie 7)

Eine typische ISG in Nordrhein-Westfalen liegt in einem Mittel- oder Oberzentrum. Das hat natürlich damit zu tun, dass man eine gewisse Größe braucht, um das auf ein Quartier in der Innenstadt zu reduzieren. Es umfasst eine innerstädtische Geschäftsstraße oder ein Quartier in B-Lage. Die Größe der Immobilien- und Standortgemeinschaften schließt in der Regel ungefähr 100 Immobilien ein, vorwiegend mit Einzelhandelsbesatz. Wir haben eine etwas andere Form, nämlich das Bermuda-Dreieck in Bochum, wo der Schwerpunkt auf Gastronomien mit knapp 75

gastronomischen Betrieben liegt. Die größten Probleme in den Immobilien- und Standortgemeinschaften liegen in der Gestaltung des öffentlichen Raumes, aber auch der Immobilien. Es geht also nicht nur um den öffentlichen Raum, sondern auch um den privaten Besitz. Das zweite Thema sind Leerstände und Trading Down. Trading Down bezeichnet den Prozess, dass sich in der Geschäftsstraße sukzessive und fühlbar das Niveau absenkt. Sie kennen es alle, dass sie durch eine Geschäftsstraße gehen und sagen, früher gab es hier einen Facheinzelhandel, mittlerweile gibt es nur noch Discounter. Diesen Prozess bezeichnet man mit Trading Down. Das Dritte sind natürlich die Erreichbarkeit und Wegebeziehungen. Die typische ISG kann an bestehende Arbeitsstrukturen entweder aus dem Stadtmarketing oder Werbegemeinschaften anknüpfen. Und sie greift einzelne Analysen, Einzelhandelsgutachten, Städtebaugutachten, Masterpläne in der Kommune auf.

(Folie 8)

Ich würde Ihnen gerne nun einige Ergebnisse aus der Evaluierung vorstellen und komme dann zu dem Part von Herrn Zimmer.

(Folie 9)

Wir haben alle Immobilien- und Standortgemeinschaften nach verschiedenen Bausteinen befragt. Einer war, warum die ISG in ihrer Stadt konkret gegründet wurde. Der wesentliche Grund war die Stärkung der Innenstadt oder einzelner Stadtquartiere gegenüber der grünen Wiese, gegenüber Stadtteilzentren. Weitere Motivationen waren die Verminderung der Leerstände und die Verminderung des Trading Down-Effekts.

(Folie 10)

Die Organisationsformen sind im Wesentlichen Vereine, weil sie am einfachsten und unproblematischsten zu organisieren sind. Wir haben in Duisburg eine Genossenschaft. Ansonsten gibt es in Vorbereitung zwei GmbHs, aber dort geht es um die Größenordnung.

(Folie 11)

Wir waren sehr gespannt auf die Antwort, wie hoch der Organisationsgrad der einzelnen Akteursgruppen ist. Sie sehen, dass sich die Einzelhändler mit 26,3 % am besten organisiert haben. Es gibt wenige Organisationen, die in den Innenstädten die Immobilienbesitzer vertreten. Die Frage war, wie man an diese herankommt. 11,6 % hört sich zunächst einmal sehr wenig an. Diese 11,6 % sind eine Ausgangsbasis, die Arbeitsfähigkeit herstellt, aber es ist keine hinreichende Beteiligung.

(Folie 12)

Wir haben den Organisationsgrad einmal in den verschiedenen 22 Immobilien- und Standortgemeinschaften dargestellt. Das hat immer sehr viel mit dem Quartier und damit zu tun, wie die Organisationsstruktur und die Motivation in diesem Kreis sind. Sie sehen, Bocholt hat mit knapp 47 % den höchsten Organisationsgrad. Das geht herunter bis zum Münstertor in Rheine, die gerade in der Gründung begriffen sind, mit unter 10 %. In Bocholt gab es einen extrem hohen Leidens-

druck. Vor einigen Jahren wurde ein innerstädtisches Shoppingcenter gegründet. Auf der anderen Seite der Innenstadt gab es Verlagerungen. Der größte Anbieter in der Nordstraße war C&A mit knapp 2.500 m² Verkaufsfläche. C&A ist in das Shoppingcenter gewechselt. Seitdem steht diese Fläche leer. Das hat einen relativ typischen Dominoeffekt: Die Frequenz sinkt, sodass die ersten Läden nicht mehr mithalten können, wodurch es zu ersten Leerständen und Trading Down-Effekten kommt. Daraus resultierte bei den Immobilienbesitzern und den Betreibern ein relativ hoher Leidensdruck. Dieser Leidensdruck führt logischerweise dazu, dass man wesentlich stärker bereit ist, sich zu engagieren, als wenn es einem sehr gut geht. In Rheine sieht die Situation etwas anders aus. Das Münstertor und die Emsstraße in Rheine sind quasi die 1a-Lagen in Rheine. Auch hier ist der Leidensdruck nicht so hoch, wie das in Bocholt der Fall war.

(Folie 13)

Wir haben auch die Anzahl der Mitglieder in den ISGs ermittelt. Sie erkennen, dass die Hälfte der potenziellen Mitglieder, die in Bocholt bei 100 liegt, die 50 fast erreicht. Castrop-Rauxel hat potenziell wesentlich mehr Mitglieder. Sie schaffen es aber nicht, alle zu akquirieren.

(Folie 14)

60 % der Mittel wurden durch das Land, 23,9 % von Privaten und gut 16 % von den Kommunen zur Verfügung gestellt.

(Folie 15)

Die Finanzmittel gehen im Wesentlichen in die Bereiche Image und Werbung, Events sowie Mitgliederakquise, Leerstandsmanagement und Stadtgestaltung. Das ist in den ersten zwei Jahren relativ schwierig darzustellen, weil das eine Momentaufnahme ist und sich im Laufe der Zeit sehr stark verändert. Die Budgetzugehörigkeit und das, wofür die Finanzmittel ausgegeben werden, verschieben sich im Laufe der zwei Jahre und der Folgezeit massiv.

(Folie 16)

Wichtig war auch zu wissen, ob es vertragliche Vereinbarungen zwischen der ISG und der Kommune gibt. Sie sehen, 43 % der Immobilien- und Standortgemeinschaften haben eine klare Entwicklungsvereinbarung, eine Zielvereinbarung.

(Folie 17)

Eine weitere Frage war, ob innerhalb der entsprechenden ISG zusätzliche öffentliche und private Investitionen angestoßen worden sind. Zusätzlich wurden von den Privaten etwa 1 Million € und von den Kommunen etwa 526.000 € zur Verfügung gestellt. Wir haben also zusätzlich ein Volumen von knapp 1,5 Millionen € zur Umsetzung von Maßnahmen in den 22 Modellprojekten realisieren können.

(Folie 18)

Wir haben ferner gefragt, wie die Auswirkungen der entsprechenden ISG auf die vorhandenen Leerstände eingeschätzt werden. Etwa 85 % sagen, dass die Auswirkungen positiv gewesen sind. Hierbei muss berücksichtigt werden, dass wir erst

seit zwei Jahren tätig sind. Leerstandsmanagement ist eine langfristige Angelegenheit und keine Aufgabe, die in zwei Jahren erledigt ist.

(Folie 19)

Des Weiteren haben wir gefragt, ob die Einführung einer gesetzlichen Regelung mit Zwangsmitgliedschaft für sinnvoll gehalten wird. Dies haben wir insbesondere diejenigen gefragt, die derzeit freiwillig mitarbeiten. 76 % haben diese Frage bejaht. Dies scheint ein klares Votum für eine Gesetzgebung zu sein. Die Hauptmotivation wird relativ klar, wenn man auf der einen Seite die Mitgliedschaft und die Akquisitionsbemühungen und auf der anderen Seite die Arbeit der einzelnen Akteure in den ISGs sieht.

(Folie 20)

Zusätzlich haben wir gefragt, ob eine gesetzliche Regelung mit Zwangsmitgliedschaft in der jeweiligen ISG eine Mehrheit finden würde. Lediglich 57 % sagen, dass eine gesetzliche Regelung mit Zwangsmitgliedschaft eine Mehrheit finden würde. 33 % sagen, dass es in ihrer ISG nicht funktionieren würde. Das hat vor allem in den ISGs Auswirkungen, die in der Mitgliederstruktur auf der freiwilligen Ebene nicht sonderlich stark sind.

(Folie 21)

Ich möchte nun anhand von zwei Städten darstellen, was die ISGs bisher bewirkt haben. Der Einzelhandelsbesatz in der Oberstadt in Siegen ist in den letzten Jahren massiv zurückgegangen. Der Satz „Was ist schlimmer als verlieren? - Siegen.“ hatte vor etwa drei Jahren durchaus seine Berechtigung. Mittlerweile hat man es in Siegen über die Immobilien- und Standortgemeinschaft geschafft, die Leerstandsquote um 60 % zu reduzieren. Das ist eine Erfolgsgeschichte. Es gab in der Oberstadt rund 80 Neueröffnungen. Dies hat natürlich damit zu tun, dass der Leidensdruck extrem hoch war und die Immobilienbesitzer gemerkt haben, wenn man sich nicht bewegt, dann hat man ein Problem mit der Immobilie, die man nicht einmal verkaufen kann. Mittlerweile sind in der Oberstadt wieder einzelne Straßenzüge komplett belegt.

Zu der zweiten Kommune, nämlich Castrop-Rauxel, wird Herr Zimmer etwas ausführen.

Matthias Zimmer (Vorsitzender der ISG Altstadtmarketing Castrop-Rauxel e. V.) führt aus:

(Folie 22)

Ich bin nicht nur Vorsitzender der ISG Altstadtmarketing Castrop-Rauxel e. V., sondern betreibe auch ein Juweliergeschäft in der Innenstadt von Castrop-Rauxel und bin somit als Händler und Immobilienbesitzer eingewoben in das Geflecht einer solchen Stadt. Die Tatsache, dass ich zu dieser Sitzung eingeladen worden bin, deutet darauf hin, dass Sie erfahren sollen, was vor Ort passiert. Ich möchte Ihnen gerne zunächst die Ausgangssituation schildern.

Wir haben in Castrop-Rauxel ein Mittelzentrum, das von den darum liegenden Oberzentren stark bedrängt ist. Von Castrop-Rauxel ist man innerhalb von zehn Minuten in Dortmund, Bochum, Gelsenkirchen und Recklinghausen. Insofern drängt sich die Frage auf, wie man sich aufstellt und wie man sich profilieren kann. Man ist zu der Erkenntnis gelangt, dass es wichtig ist, ein eigenes Profil zu entwickeln, um die Identität der Kunden mit dem Standort zu stärken. Es war klar, dass ein solches Mittelzentrum funktionieren kann, wenn es gelingt, unternehmergeförderten Facheinzelhandel dorthin zu holen. Vor drei Jahren haben wir deshalb drei Säulen errichtet, die unsere ISG beinhalten sollte.

Die erste Säule war die Handelsqualifizierung unter dem Motto „Quartier der Spezialisten“, die zweite Säule war die Gestaltung des Altstadtquartiers, und die dritte Säule war die Belebung des Quartiers.

Ich möchte Ihnen nun mitteilen, was wir getan haben, was der Anspruch war und was nach Abschluss des Projektes hängen geblieben ist.

Bezüglich der Quartiersentwicklung haben wir eine Handelsqualifizierung vorgenommen, indem die Chefs und Mitarbeiter im Einzelhandel geschult wurden, die sich dann über weiterführende Maßnahmen betriebswirtschaftlich, marketingmäßig und banktechnisch beraten lassen konnten. Darüber hinaus haben wir versucht, Grundparameter für die Innenstadt zu entwickeln, an denen sich die Kunden orientieren können. Beispielsweise versuchen wir, Reklamationsverhalten in den Griff zu bekommen, wozu wir auch Verkaufsschulungen durchgeführt haben.

Darüber hinaus haben wir zur Gestaltung des Altstadtquartiers einen städtebaulichen Wettbewerb ausgerufen. Diesbezüglich haben wir drei namhafte Büros aus Nordrhein-Westfalen beauftragt, sich Gedanken über die Altstadt von Castrop-Rauxel zu machen, die in bestimmten Bereichen sehr schön ist, in anderen Bereichen aber den Charme der 70er-Jahre versprüht. Insofern besteht Handlungsbedarf. Hier haben wir dann ein Siegerkonzept gekürt, mit dem sich die Stadt Castrop-Rauxel beim Landeswettbewerb „Stadt macht Platz“ beworben hat, bei dem sie in die Siegerliste eingetragen worden ist. Die Stadt hat anschließend das Konzept weiter verfeinert. Derzeit stehen wir vor der Umsetzung. Diese Umsetzung ist aber noch nicht möglich vor dem Hintergrund maroder Kassen. Dieses Projekt wird nun in den Jahren 2008 bis 2010 durchgeführt.

Darüber hinaus haben wir für die Stadt ein Lichtkonzept entwickelt. Unter der Führung eines Lichtarchitekten waren 25 Lichtplaner aus ganz Deutschland in Castrop-Rauxel. Unter großer Anteilnahme der Bürger haben wir städtische und private Angsträume illuminiert, was sehr großen Anklang gefunden hat. Das war jedoch eine temporäre Aktion; alles andere wäre zu aufwendig. Daraus erwachsen ist aber die Tatsache, dass wir drei öffentliche Bereiche permanent illuminieren. Insofern ist eine nachhaltige Veränderung zu erkennen. Des Weiteren haben wir die innerstädtische Entwicklung vorangetrieben, indem wir Pop-up-Stores gebaut haben. Das sind temporäre Stores in Leerständen. In der Folge ist es uns gelungen, einen dieser Leerstände zu vermarkten.

Ferner haben wir marketingtechnisch versucht, den Standort zu beleben. Hierfür haben wir etliche Flyer und Newsletter erstellt und diese verteilt. Für die Unter-

nehmen der fünf Sterne haben wir ganzseitige Anzeigen in der „WAZ“ und „Ruhr Nachrichten“ in den Nachbargemeinden geschaltet, die aus Mitteln der Unternehmen gezahlt wurden. Auch dies hat es in der Vergangenheit noch nicht gegeben, dass Firmen nicht die Firmen, sondern die Standorte in den Mittelpunkt gestellt haben.

Abschließend möchte ich ein kleines Resümee nach zwei Jahren ISG ziehen. Wir haben in diesen zwei Jahren neue Strukturen geschaffen, eine neue Kultur der Zusammenarbeit zwischen Politik und Verwaltung erarbeitet und eine monatliche Jour-fixe-Sitzung mit dem Bürgermeister und den Dezernenten auf Einladung der Privaten eingerichtet. Dort werden alle Themen sehr offen diskutiert. Die Verbindlichkeit der Mitarbeit endet jedoch dann, wenn es ans Geld geht, wenn also eine materielle Einbindung gewünscht ist. Vor dem Hintergrund der Staatsverschuldung, der Haushaltssperren und desolater öffentlicher Kassen erscheint es mir sinnvoll, dass in den Städten mehr privates Engagement Eingang erhält, weil ich mir sicher bin, dass der Staat in den nächsten 50 Jahren nicht mehr so für die einzelnen Bürger sorgen kann, wie es in den letzten 50 Jahren der Fall war. Das hat auch der ehemalige Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen und jetzige Bundesfinanzminister, Peer Steinbrück, in Castrop-Rauxel gesagt, indem er ausgeführt hat: Die Politik kann den Karren nicht mehr alleine aus dem Dreck ziehen, auch wenn sie sich bisweilen so aufspielt. - Ich finde, das ist ein guter Satz von einem hochrangigen Politiker. Wir brauchen also mehr privates Engagement. Wenn das nicht möglich ist, dann wird der Verfall von Mittelzentren auch zukünftig voranschreiten.

In Castrop-Rauxel ist in den letzten zehn Jahren der Mietpreisindex um 35 % gefallen. In vergleichbaren Städten ist dieser lediglich um 25 % gesunken. Damit einhergeht der Verfall der Immobilienwerte. Das führt zu einer Abwärtsspirale im Einzelhandel. Ich finde, dass eine Innenstadt mit einer kommunalen Funktion, mit Büchereien, Stadthaus, ein Wert an sich darstellt. Es ist wichtig, dies in den Köpfen der Immobilienbesitzer zu verankern. Hierfür brauchen wir aber Geld. Eine Lösung wäre das BID-Gesetz. Damit hätten wir einen funktionierenden Finanzierungsmechanismus, der sozial ist. Die Immobilienbesitzer zahlen lediglich für ihr Quartier. Das heißt, die Abgabe wird direkt weitergeleitet und versickert nicht im Nirwana der Verwaltung. In den Gesprächen mit den einzelnen Immobilienbesitzern wird das als Positivum herausgestellt. Wir haben uns in Castrop-Rauxel mit großen Immobilienbesitzern, mit der LEG und mit den Fraktionsvorsitzenden der im Stadtparlament vertretenen Parteien abgestimmt, die alle das unterstützen. Ich möchte aber nicht verhehlen, dass es nicht nur Befürworter, sondern auch Gegner gibt. Nachdem wir unsere Pläne publik gemacht haben, gab es auch einige kritische Stimmen. Es ist ein sehr offener Prozess, an den wir konstruktiv herangehen werden. Ich freue mich auf die Auseinandersetzung, und am Ende sollten wir das machen, was das Beste für den Standort ist.

Ich möchte meinen Vortrag mit einer Metapher abschließen, die wir vor drei Jahren in einem ganztägigen Workshop erarbeitet haben. Wir haben versucht, uns mit einem Auto zu vergleichen. Zunächst haben wir gesagt, dass wir ein in die Jahre gekommener Mittelklassewagen sind. Anschließend haben wir uns überlegt, was

wir einmal werden wollen. Hier gab es dann sehr unterschiedliche Vorschläge, zum Beispiel Rolls Royce und Golf Cabrio. Nach einer kontroversen Diskussion haben wir uns auf einen Audi A 6 Avant Quattro geeinigt, da dieser Wagen innovativ in der Technik und leistungsstark ist, Durchzugsvermögen hat, familienfreundlich ist, nach oben hin offen ist, er ein Glasschiebedach und einen Quattro-Antrieb hat. Übertragen auf die Stadt Castrop soll das heißen: Wenn es links und rechts ein bisschen schwierig wird, dann bleiben wir mit dem System ISG und BID in der Spur. Diesen Wagen haben wir bestellt, aber wir bekommen ihn noch nicht, weil Sie es unterschreiben müssen, und darum möchte ich Sie bitten.

Minister Oliver Wittke führt aus:

Wir bevorzugen Wagen aus heimischer Produktion. Das, was anderswo produziert wird, muss in Nordrhein-Westfalen nicht unbedingt fahrtauglich sein. Darum lassen Sie mich diese Metapher aufgreifen, indem ich sechs Bemerkungen mache, die im Zusammenhang mit Immobilienstandortgemeinschaften stehen.

Erstens. Der Handlungsbedarf für selbige ist völlig unbestritten. Ich habe bisher niemanden getroffen - weder in der Immobilienwirtschaft, noch in der Einzelhandelszene, noch in der Politik, noch bei den Kommunen, noch in der Bürgerschaft -, der gesagt hat: Bei uns ist alles in bester Ordnung. Wir müssen uns keine Gedanken um unseren Handelsstandort, um unsere Innenstadt oder um unser Nebenzentrum machen. - Selbst da, wo es heute noch gut läuft, gibt es erste Anzeichen dafür, dass das nicht dauerhaft so bleiben muss, wenn man sich nicht rechtzeitig darum kümmert.

Aber zweitens ist auch wahr: Die Situation ist überall unterschiedlich. Das, was für Essen-Borbeck gilt, gilt noch lange nicht für die Essener Innenstadt. Das, was für Herford gilt, gilt noch lange nicht für Bielefeld. Darum wird den unterschiedlichen Gegebenheiten vor Ort immer Rechnung zu tragen sein. Das heißt, in erster Linie sind die Kommunen gefragt, gemeinsam mit den übrigen Akteuren für den jeweiligen Handelsstandort entsprechende Konzepte zu entwickeln. Auf Landesebene kann es nur darum gehen, einen Rahmen zur Verfügung zu stellen, der vor Ort ausgefüllt werden muss. Darum haben wir in den vergangenen Monaten intensiv Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden geführt.

Drittens. Für uns als Landesregierung - darin unterscheiden wir uns von dem vorliegenden SPD-Antrag -, ist völlig klar, dass wir einen integrierten Handlungsansatz brauchen. Allein auf ein Gesetz, zum Beispiel ein BID- oder ein ISG-Gesetz, zu setzen und zu behaupten, dass wir damit alle Probleme der Welt gelöst haben, springt zu kurz. Darüber hinaus müssen wir an weiteren Stellschrauben drehen, was wir auch in den vergangenen Wochen schon getan haben. Beispielsweise haben wir am 9. Januar dem Landtag vonseiten des Kabinetts eine Änderung des Landesplanungsgesetzes zugeleitet, im Wirtschaftsministerium ist derzeit der Einzelhandelserlass in der Überarbeitung, das Landesentwicklungsprogramm wird geändert werden, und wir haben vor, unsere Förderpolitik neu auszurichten und den neuen Gegebenheiten anzupassen.

Viertens bedeutet integrierter Handlungsansatz für uns, dass wir nicht nur an Gesetzen, Verordnungen und an der Förderpolitik drehen, sondern dass wir alle Akteure in ein Boot holen. Sämtliche Versuche, Innenstädte oder auch Nebenzentren wiederbeleben zu wollen, wären zum Scheitern verurteilt, wenn man das allein als Aufgabe der Politik begreifen würde. Die Worte von Herrn Zimmer und von Herrn Imorde haben eindrucksvoll unterlegt, dass man auch die örtlichen Akteure braucht: die Immobilienwirtschaft, die Einzelhändler, die Städte und die Kommunen sowie das Land für die Förderung und die Rahmenbedingungen. Uns ist es wichtig, einen integrierten Handlungsansatz zu fahren. Schon vor rund einem Dreivierteljahr haben wir in meinem Ministerium eine Arbeitsgruppe gegründet unter Beteiligung der Industrie- und Handelskammern, der Einzelhandelsverbände, der Haus- und Grundeigentümerverbände, der kommunalen Spitzenverbände und der großen Warenhauskonzerne, die eine sehr konstruktive und positive Rolle spielen - ich nenne sie auch gerne beim Namen, weil sie in Nordrhein-Westfalen ansässig sind, nämlich Karstadt und Kaufhof -. Diese Arbeitsgruppe macht sich Gedanken über eine nordrhein-westfälische Lösung.

Wichtig ist auch, damit komme ich zum fünften Punkt, dass wir in Nordrhein-Westfalen nicht bei null anfangen. Ich bin sowohl Herrn Imorde als auch Herrn Zimmer dankbar dafür, dass sie eindrucksvoll geschildert haben, welche großen Chancen und positiven Auswirkungen Immobilienstandortgemeinschaften in den letzten Jahren in unserem Land hatten, und deutlich gemacht haben, dass diese freiwilligen Konstrukte an ihre Grenzen stoßen.

Jetzt wird es in einem sechsten Punkt darum gehen, mehr Verbindlichkeit in die Angelegenheit zu bringen. Wir wollen nicht das ganze Land mit kommunalen Satzungen überziehen und überall neue Business Improvement Districts auf kommunalrechtlicher Basis gründen. Es ist auch vorstellbar, dass weiterhin über den freiwilligen Zusammenschluss von Immobilienstandortgemeinschaften der alten Prägung ein Einstieg gefunden und daraus nachher in einem zweiten Schritt eine Immobilienstandortgemeinschaft mit Satzungskraft weiterentwickelt wird, wo auch diejenigen, die sich bisher verweigert haben mitzumachen, dazu gebracht werden, sich zu beteiligen. Derzeit haben wir bei mir im Hause eine Initiative in der Bearbeitung, die diesen integrierten Handlungsansatz aufgreift.

In einem Punkt, Herr Zimmer, möchte ich Ihnen widersprechen. Es geht nicht vordergründig darum, mehr Geld zu akquirieren, auch wenn es einer der Bestandteile eines möglichen ISG-Gesetzes für Nordrhein-Westfalen ist, sondern es geht vor allem darum, die Profiteure von Maßnahmen zu Akteuren zu machen. Akteur zu sein bedeutet nicht nur, zu zahlen, sondern sich auch in die konzeptionelle Erarbeitung einzubringen. Wenn Master-Pläne aufgestellt und Initiativen ausgestaltet werden, dann müssen sich Immobilienbesitzer, Einzelhändler und Kommunalpolitiker ganz genau so mit einbringen wie alle anderen auch. Darum wäre es zu wenig, eine ISG- oder BID-Gesetzgebung auf eine zu erhebende Abgabe zu reduzieren. Wir wollen insbesondere das persönliche Engagement mit einbringen. Ich glaube, dass das im Interesse aller sein wird.

Dieter Hilser (SPD) merkt an, dass die Vorträge Einiges von dem untermauert hätten, was in der letzten Zeit diskutiert worden sei.

Der Minister habe mit seinen Ausführungen einen Weg vorgezeichnet, der in eine ähnliche Richtung gehe wie der Antrag seiner Fraktion zu diesem Thema. Bei einem Vergleich zwischen den inhaltlichen Ausführungen des Ministers und dem Antrag stelle er fest, dass der Antrag eigentlich nur zitiert und bestätigt worden sei. Als Beispiel nenne er die Begriffe Rahmengesetzgebung, örtliche Akteure, Erarbeitung individueller Handlungs- und Finanzierungskonzepte abgestimmt auf die örtliche Situation und integriertes Instrument für die Entwicklung von Quartieren und Stadtteilen.

Er könne nicht nachvollziehen, auf was die Akteure ihre Skepsis bezögen. Denn wenn es eine gesetzliche, vor Ort angepasste Regelung gäbe, dann wären die anderen Akteure zur Mitarbeit in der Standortgemeinschaft verpflichtet.

Heinz Sahnen (CDU) bezieht sich auf zwei Aussagen des Ministers, nämlich dass man einen Schritt in die richtige Richtung mache, aber noch etwas nachkommen müsse, und dass privates Engagement aufgegriffen werden solle. Wichtig sei, zu erarbeiten, wie man diesen empfundenen Leidensdruck in den einzelnen Städten auffangen, in ein verbindliches Handeln umwandeln und die Zusammenarbeit auf eine vernünftige Grundlage stellen könne. Das zu entwickelnde Gesetz solle einen Rahmen zur Sicherung des Satzungsrechts bilden, wobei die Freiwilligkeit und die Kooperation unter Einbezug der Verbände und der Kommunen eine wichtige Rolle spielten. Entscheidend sei jedoch, das Trittbrettfahrertum zu verhindern.

Er unterstütze die Ausführungen von Herrn Zimmer, dass es nicht nur um die Beseitigung von Leerständen, sondern auch um gemeinsame Aktionen gehe, die dem Wohl der Innenstädte und Zentren dienen. Von daher bilde die von Herrn Minister Wittke vorgetragene Zusammenfassung eine gute Grundlage, um den dargestellten Leidensdruck gemeinsam mit den Städten, Verbänden und Gemeinden zu reduzieren.

Horst Becker (GRÜNE) betont, der Vortrag habe deutlich gemacht, wo die Grenzen der freiwilligen Kooperation lägen und an welchen Stellen es eines gesetzlichen Rahmens bedürfe, damit die Kommunen über Satzungsrecht etwas erreichen könnten. Bereits im November 2005 habe es in Wuppertal eine Fachtagung zu diesem Thema gegeben. Damals habe sich der Minister noch gegen die BIDs ausgesprochen. Heute aber erkläre er, dass man sich nicht zu sehr an Beispielen außerhalb dieses Bundeslandes orientieren solle, gleichwohl er zwischenzeitlich in Amerika gewesen sei, um sich in Bezug auf die BIDs weiterzubilden. Hinterher habe er verkündet, dies einführen zu wollen. Seitdem habe er mehr als ein halbes Jahr Zeit ins Land verstreichen lassen, um dann heute zur Kenntnis zu geben, dass die Landesregierung in absehbarer Zeit einen Gesetzentwurf einbringen werde.

Er halte einen Gesetzentwurf für notwendig, was aber nicht gegen freiwillige Zusammenschlüsse spreche. Freiwillige Zusammenschlüsse und ein gesetzlicher Rahmen ergänzten sich, da der Erfolg von freiwilligen Zusammenschlüssen von den zur Verfügung stehenden Finanzmitteln abhängen und man diese nur durch gesetzliche Regelungen erhalte.

Er hätte gerne gewusst, wann mit einem Gesetzentwurf gerechnet werden könne und ob der Minister mit „integrativen Ansatz“ meine, dass die freiwilligen Zusammenschlüsse im Wesentlichen mit Landesmitteln gefördert würden.

Laut **Christof Rasche (FDP)** trügen die Ausführungen von Herrn Zimmer und Herrn Imorde maßgeblich dazu bei, den Gesetzentwurf auf einer sachlichen Basis zu diskutieren. Er halte es allerdings für sinnvoll, mit der abschließenden Beratung zu warten, bis der Antrag der SPD und der Gesetzentwurf vorlägen.

Herr Hilser habe eben den Antrag der SPD angesprochen. Laut Antrag solle die Landesregierung aufgefordert werden, einen Gesetzentwurf auf der Basis der Eckpunkte der SPD vorzulegen. Auch die SPD wisse, dass die Landesregierung schon seit Monaten mit allen wesentlichen Akteuren Gespräche führe. Die Landesregierung werde selbstverständlich einen Gesetzentwurf vorlegen, der auf diesen Gesprächen und nicht auf den Eckpunkten der SPD basiere, auch wenn es einzelne Übereinstimmungen geben könne. Der Abgeordnete möchte seitens Herrn Zimmer und Herrn Imorde wissen, wo sie die Grenze der Zustimmung prozentual sähen.

Monika Ruff-Händelkes (SPD) erkundigt sich unter Bezugnahme auf die Ausführungen von Herrn Zimmer, dass Sauberkeit und Licht einen Stadtteil positiv veränderten, was die besondere Problematik der Trittbrettfahrer sei und welchen Bereich es betreffe.

Minister Oliver Wittke sagt, Grund für den etwas längeren Vorlauf sei, dass sich diese Landesregierung mit den Betroffenen abstimme, bevor sie Gesetzesinitiativen starte.

Selbstverständlich lerne man von in der Vergangenheit gestarteten Gesetzesinitiativen. Dabei gehe es nicht nur um die Maßnahmen in Amerika, sondern auch um Klagen gegen das hamburgische BID-Gesetz. Diese Klageschriften habe man analysiert, denn es wäre fahrlässig, eine gesetzliche Regelung zu treffen, die mit dem ersten Verwaltungsgerichtsbeschluss wieder kassiert würde.

Das Ganze stehe und falle mit der Akzeptanz und dem Mitwirken von Partnern. Davon, diese mit in den Entscheidungsprozess einzubinden, lasse man sich nicht abbringen. Wenn alles so schnell hätte umgesetzt werden müssen, wie es hier dargestellt worden sei, dann hätte man das ja schon vor einigen Jahren, als man noch Regierungsverantworten getragen habe, machen können.

Er bitte darum, diese Angelegenheit nicht im kleinkarierten, parteipolitischen Streit zu zerreden. Ihn interessiere nicht, wer welchen Antrag zuerst gestellt und wer welchen Eckpunkt formuliert habe, sondern das Ergebnis. Insofern messe er den Erfolg daran, wie das Gesetzesvorhaben vor Ort angewandt werde.

Die Landesregierung werde im ersten Halbjahr, und zwar noch vor dem Sommer, mit einer Gesetzesinitiative auf den Landtag zukommen. Damit bestehe ausreichend Zeit für Diskussionen in Anhörungen und im Ausschuss. Zunächst werde man mit den 22 Immobilienstandortgemeinschaften weitermachen, wohlwissend, dass Interesse an der Gründung weiterer Immobilienstandortgemeinschaften bestehe. Diese Initiative werde in weitere Vorhaben eingebettet, zum Beispiel die Veränderung der Förderpolitik,

des Landesentwicklungsgesetzes und des Einzelhandelserlasses, denn nur durch einen integrierten Ansatz könne ein durchschlagender Erfolg erzielt werden.

Jens Imorde beantwortet die Frage von Herrn Hilser nach der Skepsis vor Ort. In den Immobilienstandortgemeinschaften werde zurzeit über die Machbarkeit der Umsetzung einer Gesetzgebung geredet. Diesbezüglich geisterten alle möglichen Prozentzahlen durch die Lande. Von daher stelle sich die Frage, ob man bei den Immobilienbesitzern und den Betreibern eine eventuell benötigte Zustimmung von 50 % erreiche. Dies sei kein Votum für oder gegen ein Gesetz, aber in den Immobilienstandortgemeinschaften mit einer prozentual relativ geringen Mitgliederzahl bestehe die Skepsis hinsichtlich der Anwendung von Gesetzen.

Bezüglich der Quoren halte er sich mit einer Einschätzung zurück, da derzeit noch sehr viele Gespräche mit Kammern und Verbänden stattfänden.

Matthias Zimmer erläutert, Trittbrettfahrer gebe es in jeder Stadt. Diese würde nicht zwangsläufig mit einem Gesetz ausgehebelt. Es gebe zum einen den Typus Immobilienbesitzer, der sich um seine Immobilie kümmere und etwas in die Stadt einbringe; diese seien leider nicht in der Mehrheit. Zum anderen gebe es Immobilienbesitzer, die Leerstände nicht interessierten, solange die Einnahmen aus anderen Quellen stimmten. Er pflichte Herrn Minister Wittke bei, dass es nicht nur um Geld gehe, sondern auch darum, Akteure zu akquirieren. Den zuletzt angesprochenen Typus von Immobilienbesitzer werde man dadurch nicht akquirieren, aber wenigstens zur Kasse bitten, und das fände er okay.

2 Aktuelle Viertelstunde

Thema: „Abbruch der Verhandlungen zum Semesterticket“

Horst Becker (GRÜNE) bittet den Minister um einen Bericht über die anstehenden Gespräche. Laut eines Berichts in der „WAZ“ seien die Verhandlungen zwischen den Verkehrsverbänden und den Studentenvertretungen über die Fortführung des Semestertickets abgebrochen worden, wofür ein Verkehrsverbund verantwortlich sein solle.

Minister Oliver Wittke (Ministerium für Bauen und Verkehr) trägt vor:

Sie alle wissen, dass es bei uns in Nordrhein-Westfalen seit den 90er-Jahren Semestertickets gibt. In den einzelnen Kooperationsräumen besteht die Möglichkeit, dass die Studentenschaft einer Hochschule im Rahmen eines Solidarmodells, also entweder alle oder keiner, das Ticket abnimmt. Dies kostet dann pro Student zum Beispiel beim Verbreitungsbereich des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg 86,50 €. Die Preise sind unterschiedlich, da dies ein Stückweit mit den Angeboten und der Größe der Verbände zusammenhängt. 2003 sind die Allgemeinen Studentenausschüsse in Nordrhein-Westfalen an die landesweiten Unternehmen herantreten und haben gefordert, dass das, was sich schon damals als Nordrhein-Westfalen-Ticket andeutete, auch für die Hochschulen eingeführt wird. Sie wissen, dass wir